

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beiblatt 30 Pf.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstern & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,
Halle a. S. J. L. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Stettin, 14. Juni.

Regeln für die Wähler!

Niemand, der wahlberechtigt ist, ver-
säume von seinem Wahlrecht Gebrauch zu
machen.

Wahlberechtigt ist jeder in Stettin
wohnhafte Mann, der das 25. Lebensjahr zurück-
gelegt hat und in der Wahlliste verzeichnet ist.

Jeder Wähler gehe so früh als mög-
lich zur Wahl und suche auch seine Freunde
zu bewegen, daß dieselben schon früh ihre
Stimme abgeben. Jeder folge bei Abgabe
der Stimme seiner eigenen Ueberzeugung
und lasse sich nicht durch hochtönige Phrasen
wankelmäßig machen.

Jeder bedenke, daß nach dem Urtheil militä-
rischer Sachverständiger die Vermehrung des
Heeres zur Sicherheit unseres Vaterlandes und
zur Erhaltung des Friedens unbedingt erforderlich
ist. Jeder wähle daher nur einen Kan-
didaten, der versprochen hat, für die Mil-
itärvorlage einzutreten.

Ungültig sind Stimmzettel, welche nicht
von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren
Kennzeichen versehen sind, welche keinen lesbaren
Namen enthalten, oder auf welche mehr als ein
Name steht.

Ein Zettel mit einfachem Namen (ohne Vor-
namen oder Wohnort) ist gültig zu erachten, so-
fern er auf einen der bekannten Kandidaten lautet.
Zettel, auf welchem ein gedruckter oder ge-
schriebener Name durchstrichen und ein anderer
Name dafür hingeschrieben ist, rechnen für den
Namen des letzteren als gültig.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Pomm. Reichspost.“ bringt in ihrer
heutigen Nummer ein Eingefand: „Die Gast-
wirth und die Wehrpflicht“, in wel-
chem es u. A. heißt:

„Gerade die Gastwirthe haben das aller-
größte Interesse daran, daß die Wehrfrage bald
gütlich gelöst werde. Es giebt wenig Berufs-
arten, die so wie das Schank- und Gastwirths-
gewerbe unter einer ungünstigen allgemeinen Ge-
schäftslage zu leiden haben. Wenn weniger ver-
dient wird, wird auch weniger verzehrt.“

In dem Gange der Geschichte hatte sich schon
ein Aufschwung gezeigt, in großen Industrie-
zweigen, wie der Eisenindustrie, zeigte sich größere
Regelmäßigkeit — die Ablehnung der Wehrvorlage
hat diese Hoffnungen wieder zu nichte gemacht
und einen empfindlichen Rückschlag gebracht, weil
bei der dadurch geschaffenen Unsicherheit und unter
dem Eindruck der Schwächung unseres Aufstiegs
im Ausland das Vertrauen in eine friedliche
Entwicklung fehlt und daher der Unternehmungs-
geist erschläft.“

Weiter wird dann in beherzigenswerther
Weise darauf hingewiesen, daß die Gastwirthe in
ihrem eigenen Interesse keinem Freisinnigen in
ihren Reihen geben möchten, der gegen die Militär-
vorlage stimmt. — Ich habe dieses Eingefand mit
großem Interesse gelesen und selten den Ausfüh-
rungen der „Reichspost“ so zugestimmt, als in
diesem Falle. Aber ich möchte meinen Kollegen
noch weiteres zu bedenken geben. Nicht allein die
Bewilligung der Militärvorlage liegt im Interesse
unseres Gewerbes, fast noch mehr sind die Steuer-
fragen in Rücksicht zu nehmen. Hierfür
braunweinsteuern, und wie die Steuern
alle heißen, welche den Gastwirthstand mehr oder
weniger belasten, hängen stets wie ein Damokles-
schwert über unserem Haupte und bei der Wahl
müssen wir daher auch darauf achten, daß wir
einen Mann wählen, der Sicherheit bietet, daß er
mit Energie solchen Belastungen des Gastwirths-
standes entgegentritt und seine Kollegen in Stet-
tin kommen nicht zweifelhaft sein, wiewohl von den
hier aufgestellten Kandidaten sie ihre Stimme ge-
ben, denn unter letzteren befindet sich ein Mann,
der bisher in eifrigster Weise für die In-
teressen des Gastwirthsstandes ein-
getreten, der unermüdlich gearbei-
tet hat, um unseren Stand von
neuen Opfern zu verschonen und
dem unser Aller Dank gebührt, auch
er stimmt für die Militär-
Vorlage. Dies ist unser bewährter bisheriger Vorkämpfer
und Reichstags-Abgeordneter Max Brömel.
Deshalb, Kollegen, beherzigt die Wahlmänner
des Eingefandes der „Pommerschen Reichspost“, beher-
zigt auch meine heutige Mahnung und wählt:
Max Brömel.

Ein Gastwirth.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Der Kaiser hat das
Abschiedsgeschick des bisherigen General-Inspektors
der Fuß-Artillerie, Generals der Artillerie Sal-
bach, laut folgender Kabinettsordre genehmigt:

„Ich entspreche Ihnen, Mir unter dem 7.
Juni d. S. vorgelegten Gesuche um Verabschie-
dung, indem ich Sie hierdurch mit der gleichzeitigen
Penion zur Disposition stelle. Gleichzeitig
spreche ich Ihnen meinen königlichen Dank und
meine warme Anerkennung für Ihre langjährigen,
treuen und hervorragenden guten Dienste im
Kriege wie im Frieden aus und wünsche Ihrer
Zukunft mit Ihren Leistungen in Ihrer bis-
herigen Stellung noch dadurch besonderen Aus-
druck zu geben, daß ich Ihnen den am ansehn-
lichen Rothen Adler-Orden erster Klasse mit
Eichenlaub verleihe.“

Neues Palais, den 10. Juni 1893.

Wilhelm R.

General Salbach hat sich von der ihm
unterstellt gewesenen Truppe durch folgenden Be-
fehl verabschiedet:

„Bei meinem Scheiden aus der Armee drängt
es mich, allen meinen ehemaligen Kameraden und
insbesonder meinen Kameraden von der Fuß-
artillerie, der ich seit 1873 angehört, ein herz-
liches Lebewohl zu sagen und ihnen aufrichtig zu
danken für die bereitwillige und wirksame Unter-
stützung, welche sie mir gewährt haben. In dem
festen Vertrauen, daß die große Pflichttreue und
der rasche Eifer in den mir unterstellt gewesenen
Offizierskörper, wie bei allen Chargen und Mann-
schaften der Fußartillerie niemals erkalten wer-
den, wünsche und hoffe ich, daß dieselbe allezeit
die Zufriedenheit des allerhöchsten Kriegsherrn
erzinnen werde. Mit herzlicher Theilnahme werde
ich alle Fortschritte und Erfolge der Waffe be-
gleiten, aus der ich mit dem innigen Herzen-
lichste“

wünsche scheide: Gott erhalte, Gott schütze und
segne Seine Majestät den Kaiser und König!

Berlin, den 10. Juni 1893.

Salbach, General der Artillerie z. D.“

— Es ist schon wiederholt, u. a. auch im Ab-
geordnetenhaus darauf hingewiesen worden, daß
wir gegenüber Frankreich nicht nur in Betreff
der Stärke der Armee, sondern auch in Betreff
der militärischen Leistung des Vertheidigungswesens zu-
rückgeblieben sind, so daß gegenwärtig die Ver-
hältnisse für uns wesentlich ungünstiger liegen,
als im Jahre 1870. Wenn wir die Aufmerksamkeit
auf diese Angelegenheit lenken, geschieht dies
nur aus dem Grunde, weil die Vervollständigung
des französischen Eisenbahnnetzes für Kriegszwecke,
welcher ansehnlicher der Plan zu Grunde liegt,
jedem Armeekorps eine besondere zweigleisige
Eisenbahnlinie zu verschaffen, in neuerer Zeit ganz
außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Nicht
genug, daß Frankreich mehr zweigleisige Bahnen
besitzt als wir, sind sogar ausgedehnte Strecken
der Linien von Paris nach der Stengez Agles
hergestellt worden, so daß man wohl behaupten
kann, daß die in Frankreich für Kriegszwecke vor-
handenen Eisenbahnen nicht nur an der Grenze,
sondern auch im Innern ein so dichtmaschiges
Netz bilden, wie es vollkommener kaum gedacht
werden kann.

Auch der Benutzung der Binnenschiffahrt
für militärische Zwecke hat die französische Re-
gierung ihr Interesse zugewendet, zu diesem Zweck
die Leitung der Kanalschiffahrt, in gleicher Weise
wie die Eisenbahnen, dem Generalstab der Armee
unterstellt, und die Vergrößerung der Schleusen,
sowie die Vertiefung der Kanäle bei fast allen
Wasserstraßen von Paris nach der Grenze durch-
geführt, so daß die dadurch bewirkte Vermehrung
der Leistungsfähigkeit der Kanäle im Bedarfs-
falle von außerordentlichem Vortheil für die Ver-
pflanzung großer Truppenmassen sein wird.

Wenn wir damit vergleichen, was bei uns
seit dem französischen Kriege geschehen ist, so
müssen wir allerdings bekennen, daß, abgesehen
von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in den
Grenzbezirken, in dem ersten Jahrzehnt nach dem
französischen Kriege nur die für militärische Zwecke
wichtigen Linien: Berlin-Sangerhausen und die
Wolsebahn zur Ausführung gekommen sind, wäh-
rend seit der Verstaatlichung der Bau von Voll-
bahnen fast ganz unterblieben ist, und die neu
angelegten Bahnen ohne Rücksicht auf ihre spätere
Bedeutung als Nebenbahnen angelegt worden sind.
Nicht genug damit, daß auf diese Weise der vierte
Theil unserer Eisenbahnen auch für militärische
Zwecke einen minderwertigen Charakter erhalten
hat, ist die Anlage der Nebenbahnen außerdem
noch in einer Weise erfolgt, die ihre Umwand-
lung in Vollbahnen in hohem Grade erschwert,
theilweise sogar ganz unmöglich macht.

Auch vom militärischen Standpunkte aus
kann daher weder der bisherigen Praxis bei Aus-
führung der Nebenbahnen, noch weniger aber der
in den letzten Jahren eingetretenen Einschränkung
der Mittel für die Anlage neuer Bahnen das
Wort geredet werden, und zwar um so weniger,
als nach den Ergebnissen des letzten Vertheilungs-
jahres 1891—92 der wirkliche Ueberfluß nach Ver-
zinsung der Eisenbahnkapitalien noch über 101
Millionen Mark beträgt, und der Ueberfluß der
Vertriebsinnahmen über die Vertriebsausgaben bei
den preussischen Staatsbahnen die hohe Rente
unter allen deutschen Staatsbahnen ergibt. Mi-
Rücksicht hierauf und antwappend an die vor Kur-
zem bei Bepfischung der wirtschaftlichen und
finanziellen Seiten der Militärvorlage erfolgte die
Ausscheidung des Herrn Finanzministers: „Spar-
samkeit am unedlen Orte kann verderbliche Ver-
schwendung werden“, dürfte die bei Annahme der
Militärvorlage eintretende Vermehrung der Armee
und der Schwierigkeiten des Transportes im
Falle einer Mobilmachung zu einer dringenden
prüfung auffordern, ob unsere Eisenbahnen und
Wasserstraßen diesen so bedeutend vermehrten An-
forderungen mit voller Sicherheit entsprechen?
Wußt diese Frage, wie anzunehmen ist, verneint
werden, dann wird auch nicht geizig werden
dürfen, das Versäumte nachzuholen, eimerseits da-
durch, daß die alljährlich bewilligten Mittel für
die Erweiterung des Eisenbahnnetzes wieder an
die frühere Höhe gebracht werden und die Ent-
wicklung des Kleinbahnwesens wenigstens in den
wirtschaftlich schwächeren Gegenden durch Sub-
ventionen gefördert wird; andererseits dadurch,
daß die im wirtschaftlichen und militärischen Interesse
des Landes, sowie zur Entlastung der Eisenbahnen
notwendigen Nebenwasserstraßen, insbesondere
des Rhein-Weiser-Elbkanals, mit Rücksicht auf die
lange Dauer der Vorbereitungen für den Bau
und der Bauzeit selbst so schnell als möglich
in Angriff genommen werden. Da auf die Weise
außer den militärischen Interessen und der Sicher-
heit des Landes auch gleichzeitig die wirtschaft-
lichen Interessen gefördert werden, so wird die
Staatsregierung hierbei auf die Unterstützung des
Landtags um so mehr rechnen dürfen, als durch
die Aufrechterhaltung der Bauthätigkeit in dem
früheren Umfange der Arbeitseffizienz vorgezogen,
gleichzeitig aber auch die Staatsregierung bei den
gegenwärtig so überaus niedrigen Preisen von
Eisen, Stahl u. große Summen ersparen würde.

— An die Mitglieder der Reichstagskommission
für Arbeiterstatistik ist ein neues Heft vertheilt
worden, das die Ergebnisse der im Herbst vorigen
Jahres veranstalteten Erhebungen über die Arbeits-
zeit, Kündigungsfristen und Verhältnisse der Arbeits-
zeit im Handeltreibergewerbe enthält. Die „Nordd. Allg.
Ztg.“ theilt darüber mit:

„Dieses Heft, bestehend aus einem Bericht
über die Ausführung der Erhebung, der tabellarischen
Darstellung der Ergebnisse und einem das
Wesentliche daraus hervorhebenden Text, hat,
ebenso wie das entsprechende frühere über die
Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, den
Zweck, der Kommission für Arbeiterstatistik als
Grundlage weiterer Ermittlungen zu dienen, die
hauptsächlich durch mündliche Vernehmung von
Vertretern der Betheiligten (von Arbeitgeber- und
Arbeitnehmer-Organisationen und sonstigen Sach-
verständigen) vorzunehmen sein werden; wie ja
solche Ermittlungen für das Bäckereigewerbe be-
reits im Gange sind. Diese Statistik bildet also
nur einen Theil der Untersuchungen, welche die
Kommission für Arbeiterstatistik über den betreffen-
den Gewerbezweig anstellt, und auf Grund deren
sie dann ihr Gutachten abzugeben hat, das als
Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen dienen
soll. Den statistischen Aufnahmen, die über die
Bäckerei und über das Handeltreibergewerbe bearbeitet
worden und für die Millerei im Gange sind,
ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich nur

auf einen Theil der Betriebe, nicht auf alle vor-
handenen Betriebe erstrecken. Für die statistische
Ermittlung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe
sind 5347 Fragebogen, zur Hälfte von Arbeit-
gebern, zur Hälfte von Arbeitnehmern beantwortet,
bearbeitet worden, für die statistische Ermitt-
lung der Arbeitszeit, Kündigungsfristen und
Verhältnisse in offenen Ladenge-
schäften 8235 Fragebogen; für die entsprechende
Statistik im Mälergewerbe sind über 4000 Frage-
bogen ausgegeben. Da bei der Vertheilung die
verschiedenen Vandestheile, Größtenklassen der Orte
und Größtenklassen der Geschäfte Berücksichtigung
gefunden haben, auch durch die Vorschriften über
die Vertheilung dafür gesorgt ist, daß Arbeitgeber
und Arbeitnehmer gleichmäßig und ohne Ansehen
der Person zu Worte kommen, so erfüllt diese auf
einen Theil der Betriebe beschränkte Aufnahme
durchaus ihren Zweck: die in Deutschland in dem
betreffenden Gewerbe üblichen Arbeitszeiten, Kün-
digungsfristen, Verhältnisse zu zeigen. Ausnahmen
über alle in Betracht kommenden Betriebe
oder Individuen sind nur dann erforderlich,
wenn es eben auf die Zählung und darauf sich
streichende Berechnungen ankommt, wenn es sich
aber, wie hier, um die Feststellung von Gesetzmä-
ßigkeiten (die Ausdehnung der Arbeit u.) handelt,
so wäre es eine geradezu unverantwortliche Ver-
schwendung von Zeit, Kraft und Geld, sich nicht
mit der Sammlung von einigen Tausend Bei-
spielen zu begnügen. In dem der Kommission
für Arbeiterstatistik jetzt vorgelegten Heft über das
Handeltreibergewerbe sind, wie eben schon erwähnt,
die Ergebnisse von 8235 Fragen verarbeitet. Von die-
sen sind 4157 von Prinzipalen, 4078 von Gehil-
fen beantwortet und sie stammen aus 374 ver-
schiedensten Orten. Es handelt sich in erster Linie
darum, die Geschäfts- und Arbeitszeit in den offe-
nen Ladengeschäften mit Waaren des täglichen
Bedarfs festzustellen, die ja besonders An-
laß zu einer lang ausgelegten Wartezeit
und Ananspruchnahme ihrer Verkäufer und
Verkäufinnen haben; wie sich denn
in der That ergeben hat, daß 45,5 Prozent
solcher Geschäfte eine Ladenzzeit von mehr als 14
Stunden haben und nur 15 Prozent von 12 und
weniger Stunden; unter den Kolonial- und Ma-
terialwaaren-Geschäften sogar 84 Prozent eine
mehr als 14stündige Ladenzzeit. Außer der Laden-
zeit und der Arbeitszeit der männlichen und weib-
lichen Gehilfen und Verkäufer werden aber in den
zehn Tabellen noch verschiedene andere aus den
Fragebogen entnommene Daten über die Verhält-
nisse der Geschäfte im Handeltreibergewerbe ver-
arbeitet: aber Verpächter, Besuch von Fachschulen, Kün-
digungsfristen, Gewährung von Kost und Wohn-
ung beim Prinzipal. Der Inhalt dieses Heftes
wird in der nächsten Sitzung der Reichstagskom-
mission für die Arbeiterstatistik einer Prüfung
unterzogen und zu weiteren Ermittlungen benutzt
werden.

— Aus Postreisen wird bekannt, daß der Tod
des Herzogs Max Emanuel in Bayern die kaiser-
liche Familie recht sehrlich berührt hat. Der
Kaiser hatte für den verstorbenen Prinzen eine
ganz besondere Zuneigung und gab dieser, so oft
er mit dem Prinzen zusammentraf, lebhaften Aus-
druck. Zum letzten Male war der verstorbene
Herzog Max Emanuel um die Zeit der Er-
öffnung des jetzt aufgelösten Reichstags in Ber-
lin. Der feierlichen Eröffnung desselben
im Weißen Saale hat der verstorbene Herzog noch
beigewohnt.

— In Posen wurde gestern, wie das „Po-
sener Tageblatt“ berichtet, auf Befehl des Kaisers
der Unterricht in den Schulen ausgesetzt.

— Des Kaisers Rückreise von Posen erfolgte
gestern Abend 11 Uhr. Ueber die gelungene
Ueberwindung der Posen Garnison soll der
Kaiser sich sehr freuen und in diesem Sinne
nach Berlin telegraphirt haben.

— Generalstabsreisen finden im Laufe dieses
Sommers beim Gardekorps, sowie bei dem 1., 2.,
7., 8., 11., 14., 15. und 16. Armeekorps
statt. Außerdem wird unter Leitung der beiden
Kavallerie-Inspektoren eine größere Kavallerie-
Übungsbreite von Generalen und Stabsoffizieren
oder Kavallerie und Kommandeuren reitender Ab-
theilungen der Feld-Artillerie vorgenommen wer-
den. In militärischen Kreisen wird auch der
Festungs-Generalstabsreise eine ganz besondere
Bedeutung beigegeben. Sie wird im Bereiche
des 17. Armeekorps abgehalten, und es werden
hierbei die neuesten Ergebnisse auf dem Ge-
biete des Festungswesens auf das eingehendste
erörtert werden. — Hinsichtlich der diesjährigen
Manöver ist zu bemerken, daß bei der Auswahl
des Übungsgeländes sowohl als auch bei der
Ausführung aller Übungen auf Verringerung der
Schäden Bedacht genommen werden soll. In
denjenigen Fällen, in denen die Flurenzschä-
dungen als besonders hoch sich herausstellen, hat
das Kriegsministerium dem Kaiser die Berichte
der Divisionkommandeure darüber vorzulegen,
welchen besonderen Umständen dies zuzuschreiben
ist und welche Anordnungen zur Verringerung
der Schäden getroffen waren. — Dem 16.
Armeekorps wird während der Kaisermanöver ein
Kavallerie-Detachement zugetheilt, und auch hier
werden die neuesten Errangenschaften auf die-
sem Gebiete erprobt, sowie Versuche vorgenommen
werden.

Posen, 13. Juni. Der Oberpräsident Frei-
herr von Wilamowitz-Möllendorf macht im Auf-
trage des Kaisers bekannt, daß sowohl das fest-
liche Ansehen, welches allen Stadttheilen in kurzer
Zeit durch Bahnen und anderen Schmuck gegeben
ist, als auch die patriotische Haltung der Bevöl-
kerung, welche die Straßen füllte und ihrem Kö-
nig zubehelte, dem landesväterlichen Herzen Sr.
Majestät wohlgefallen habe. Der Kaiser habe ihn
beauftragt, den Bewohnern hierfür seinen Dank
auszusprechen.

Wilhelmshafen, 13. Juni. Die rumänische
Regierung hat mit der Schiffswerft und Maschinen-
bauanstalt von H. Schichau in Elbing in
diesem Tage einen Vertrag über den Bau von
4 Kanonenbooten abgeschlossen, welche in der
kurzen Bauzeit von 8 Monaten fertig gestellt wer-
den sollen.

München, 13. Juni. Der Prinz-Regent
hat eine vierwöchige Hoftrauer für den Herzog
Max Emanuel angeordnet. Das Hoftheater
bleibt einweilen geschlossen. In der Beileids-
depeche des Kaisers werden die Verdienste des
Verstorbenen um die Ausbildung der Kavallerie
hervorgehoben.

München, 13. Juni. Das Verordnungs-
blatt des königlich bayerischen Kriegsministeriums

veröffentlicht, daß der Kommandeur der ersten
Jelocillier-Brigade, Generalleutnant von Ma-
lasse, mit der Führung der zweiten bayerischen
Division betraut wurde und daß dem Oberst-
leutnant Kalkstein von der vierten Arme-
Inspektion mittels Handschreibens des Prinz-
Regenten der Militär-Verdienstorden erster Klasse
verliehen wurde.

Belgien.

Brüssel, 11. Juni. Träge schleppt sich die
Berathung der Zweiten Kammer dahin über die
Lebensfrage: Was soll aus der Ersten Kammer
werden? Wie bei der sechswöchigen Berathung
über den Artikel 47 fällt die ganze mühsame Vor-
arbeit der Anschläge und der Regierung in sich
zusammen, und binnen wenigen Tagen befindet
sich das Haus vor einem ganzen Haufen von An-
trägen einzelner Abgeordneten, die sich für staats-
männische Genies halten. Einer dieser Anträge
geht dahin, jeder der drei Wählerklassen, die der
neue Artikel 47 geschaffen, also den „allgemeinen“,
den Doppelwählern und den Dreistimmenmän-
nern, ein Drittel des Senats anzuweisen. Ein
anderer, viel umstrittener, weil dem König mit
zuschreibender Antrag des Grafen Bisart de
Vocance, eines früheren Offiziers, der auch in
der belgischen Region in Mexiko gedient hat, be-
zweckt, die Senatoren in jedem Wahlkreise durch
die in demselben gewählten Abgeordneten, Provin-
zialräthe, Gemeinderäthe und durch besondere, von
den Gemeindevorstehern im Verhältnis zur Bevöl-
kerung bezeichnete Wahlmänner ernennen zu lassen.
Also wie in Frankreich, mit dem Unterschiede, daß
hier die Wahlmänner unmittelbar durch das all-
gemeine Wahlrecht und nicht durch die Gemein-
deräthe erwählt würden, ein zweifelhaftes und nicht
ein dreifelhaftes Wahlrecht. Der Antrag findet
wenig Anklang. Urtlicher Blätter behaupten, was
noch erwiesen werden muß, aber nicht unmöglich
erscheint, daß die Gemäßigten, noch etwa
20, für das Zweistimmensystem der Regierung ein-
treten werden.

Unsere Gerichtswelt ist durch die Weigerung
des britischen Auslieferungsgeschichtshofs, den hie-
sigen Behörden den als den Dieb der Juwelen der
Gräfin von Flandern verdächtigen Buchmacher
James White zu übergeben, stützig gemacht wor-
den. Belgien selbst, dessen Auslieferungsgesetz
andern europäischen Staaten zum Vorbild gedient
hat, hält an der Regel fest, daß Belgien seine
Staatsangehörigen immer im Auslande be-
gangener Verbrechen ausliefern kann; ein Zwang
ist durch die einzelnen Verträge, auch Großbritan-
nien gegenüber, förmlich ausgeschlossen. Deutsch-
land liefert bekanntlich keine Reichsangehörigen
aus.

Brüssel, 12. Juni. Bei der jetzigen Durch-
sicht der belgischen Verfassung sollen auch die pa-
lamentarischen Dikteen erhöht werden. Der
Kammerauschuß beantragt, den Mitgliedern der
Deputiertenkammer, welches auch die Dauer der
Tagung sein mag, eine Jahresentschädigung von
4000 Franks zuzubilligen. Diese Entschädigung
wird zur Hälfte für diejenigen heruntergesetzt, die
die Stadt, in der die Tagung abgehalten wird,
und ihre Vorstände bewohnen. Hierzu haben fort-
schrittliche Deputirte einen Verbesserungsvorschlag
eingebracht. Die Jahresentschädigung wird auf
6000 Franks erhöht; auch wird den Deputirten
freie Eisenbahnfahrt zwischen ihrem Wohnort und
dem Orte der Tagung bewilligt. Für jede ver-
samelte Sitzung werden von der Jahresentschädi-
gung 30 Franks abgezogen, welche der Hilfskasse
für die Invaliden der Arbeit zuzuführen. Obwohl
die belgische Deputiertenkammer nur viermal in
der Woche je dreistündige Sitzungen abhält, er-
scheinen die meisten Volksvertreter nur in denjeni-
gen Sitzungen, in denen wichtige Abstimmungen
vorgenommen werden.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die flammenden Zwischen-
fälle haben wieder einmal die allgemeine Auf-
merksamkeit auf M. de Lanesan gezogen und die
Ansicht eines großen Theiles der Pariser Presse
geht dahin, daß es nicht überflüssig sei, zu unter-
suchen, was sich eigentlich unter dem uner-
klärlichen Optimismus des General-Gouver-
neurs von Indien sich verbürge. Es sind
gerade nicht die wenigst vornehmen und angehe-
nen Blätter der französischen Hauptstadt, welche jetzt
um so und so vielen Male irrend welche Wa-
regeln gegen M. de Lanesan verlangen, dessen
Stellung schon so viele Male als erschüttert ange-
geben wurde, jedesmal aber fälschlicher Weise. In
der That giebt es gegenüber der Persönlichkeit
Lanesans auch bei objektiver Beurtheilung
Genüge genug zu berechtigten Klagen, und die
Feinde des indischen General-Gouverneurs haben
alle den Vortheil für sich, daß, wenn sie gegen
ihn auftreten, sie jedesmal mit vollem Recht im
Namen und Interesse des Vaterlandes zu sprechen
beanspruchen. Die Benennung für sich, auf
welcher er sich selbst begeistert, treibt M.
de Lanesan an, hartnäckig an Alle, bei denen seine
Hand im Spiele ist, nur die guten Seiten zu
sehen und systematisch alles zu verbergen, was die
französische Regierung zu zweifeln an seinem Ge-
nie veranlassen könnte. Dieses Zufriedensein mit sich
selbst und diese Entschlossenheit nichts zu sehen
und nichts zu hören, wenn die Ereignisse oder die
von allen Seiten kommenden Protestationen seine
Berechnungen der Versicherungen zerstören, machen
den indischen General-Gouverneur fast zu einem
nahen Verwandten Ponglof.

Man wirft M. de Lanesan vor, er habe
sich um die Unternehmungen und Pläne der
Siamesen noch nie große Sorgen gemacht, d. h.
überhaupt noch nie bekümmert, solche „Zwischen-
fälle“, — wie er selbst entferntere kriegerische Er-
eignisse nennt, sind in seinen Augen nichts anders
als unvermeidliche Störungen des Lebens in der
Kolonie; und wenn einige Deputirte oder
Minister über diese flüchtige Ruhe dennoch etwas
ängstlich zu werden scheinen, so bethört Herr
de Lanesan dieselben sofort auf telegraphischem
Wege. Seine begabtesten Mitarbeiter waren ohne
Ausnahme über den hartnäckigen Optimismus
ihres Chefs ebenso wie über einen gewissen Mangel
an weitem klarem Blick und ein, an Despotismus
erinnernde Autoritätsgefühl erkrankt. Es ist nicht
schwer, Namen bekannter und gegenwärtig hoch-
angesehener Männer in Frankreich zu nennen,
welchen es die obengenannten Eigenschaften des
indischen General-Gouverneurs unmöglich machen,
längere Zeit als Untergeordnete mit ihm zusammen
zu arbeiten, so der Admiral Jaurien, der General
Kette, der oberste Resident in Annam, Hector, der
Gouverneur-Intendant von Cochinchina, Daniel,
und manche Andere.

Die Segner Lanesans sind besonders über
einen Umstand erbittert, nämlich, daß dieser erst
im Augenblick, als er nach bescheidenen rasillos
Arbeiten sich eine sichere und hohe Stellung er-
worben hatte, das unangenehme und geradezu
verderbliche Wesen seines Charakters offen und
ungenirt herausleucht. Die Pariser Blätter er-
innern oft an die bescheidenen Anfänge Lanesans,
der als blickerscheibender Arzt und Naturforscher
hoch war, wenn ihn seine Verleger anfängliche
Honorare bewilligten und die illustrierten Wig-
blätter von Paris stellten Lanesan sehr oft, einige
Bücher unter dem Arm, mit einem Verleger um
das Honorar feilschend dar, und auf der anderen
Seite auf dem Divan eines indischen Salons
ruhig schlafend, während vor den Thoren des
Palastes wilder Aufruhr tobte.

Paris, 13. Juni. In einer heute Nach-
mittag stattgehabten, von 2000 Kutschern besuchten
Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand
fortzusetzen. Heute haben nur wenige Kutscher die
Arbeit eingestellt.

Paris, 13. Juni. Gestern Abend wurde in
der Arbeiterbörse die Jahresfeier des Tages ihrer
Gründung durch eine große Reunion gefeiert.
Nahzu 400 Arbeiterindividuen waren vertreten und
erklärten übereinstimmend, daß sie den gesetzlichen
Vorschriften über die Syndikate keine Folge leisten
würden. Sollte die Regierung bei der Forde-
rung des Seine-Präfekten beharren, so sei sie für
die unausbleiblichen Folgen solcher Aufreizung der
Arbeiterklasse verantwortlich zu machen.

Marseille, 9. Juni. Der französische Post-
dampfer „Tahiti“ ist von Westafrika mit 81
Passagieren hier eingetroffen; die meisten sind
Verwundete oder Kranke des Dahome-Expeditions-
korps. Unter den Angekommenen befinden sich
der Oberstleutnant Sonard, welcher General-
stabschef des Generals Dode während des Feld-
zugs war, der See-Artillerie-Kapitän Le Vigot,
der Hauptmann Migrot, der Spahis-Hauptmann
Chatel-Berton, der zum großen Theile die Topo-
graphie von Dahome verzeichnet hat, und andere
Offiziere. Aus den Mittheilungen dieser Offiziere
geht hervor, daß die Lage in Dahome viel zu
wünschen übrig läßt. Weit entfernt davon, daß
Behauptung imübrig gemacht wäre, erhebt er sich
im Gegenteil von neuem und holt die französischen
Truppen unausgesezt in Athem, jedoch nahezu
täglich mehr oder weniger ernste Schmachzüge
zu verzeichnen sind. Natürlich erschöpfen diese
unausführlichen Klagen die Mammfahnen und es
müßten schließlich fliegende Kolonnen von je
75 fengaleischen Trailliers gebildet werden,
denen 30 Europäer beigegeben sind, um die Nach-
schicht der Militärschiffe zu fuhren. Diese
Truppen zogen am 5. Mai ins Feld und von
da ab drehten die inzwischen gemeldeten Klänge.
Wenn die für zehn Tage mitgenommenen Lebens-
mittel erschöpft sind, kehren jene Kolonnen zur
Erneuerung der Lebensmittel zurück, nur scheint
der Transport nach dem Innern eine sehr schwere
Aufgabe zu sein, da oft nicht einmal die nöthige
Trägerzahl aufzutreiben ist. Man wird übrigens
auf diese Art zu einem Ende der Feindseligkeiten
nicht kommen, wie einer der Offiziere erklärte.
Behauptung will sich ebenfalls ergeben, als sich
einer Verdamnung unterwerfen, so wie lange der
König seine Freiheit verweigert, wird keine Ruhe sein.
Wenn er Unterhandlungen zu führen geneigt ist,
so können diese nur auf Grundlage der Zurück-
erstattung mindestens eines Theiles seines Reiches
gegründet werden. Dies hieße aber das Aufheben
Frankreichs vernichten; der einzige Ausweg aus
der gegenwärtigen Sachlage würde der sein, eine
neue Heereskolonne zu bilden und wie zuvor auf
Abome, so jetzt auf Agony zu marschieren. Alle
bisher erfolgten Unterwerfungen der verschiedenen
Stämme müßten mit größtem Mißtrauen be-
trachtet werden und es ist, mit Ausnahme der
Tofanis, welche alles Interesse haben, sich auf
französischer Seite zu halten, die ganze Bevöl-
kerung von Dahome ein unversöhnlicher Feind
der Eroberer, und warnte nur auf die erste
Gelegenheit, um sich aufs neu zu erheben.

Anläßlich der derzeitigen Beratungen d. r.
Academie unserer Stadt hat die Mehrheit
unseres sozialdemokratischen Gemeinderathes das
Vier als einen Zynismus erklärt und die Ab-
gabe von 14 für das Alter aufrecht erhalten.
Wir bezahlen also nach wie vor das Viertel mit
35c. Unter denartigen Verhältnissen ist das Vier-
trinken freilich nutzlos.

Italien.

Rom, 12. Juni. Kammer. Der Unter-
staatssekretär Ferrari beantwortete eine Anfrage
Barzilai's, welcher die Anschauungen der Rege-
rung über die jüngsten Erklärungen Kalnoh's zu
erfahren wünschte. Ferrari führte aus, in den
Erklärungen des Ministers des Auswärtigen Ka-
lnoh seien zwei Punkte hervorzuheben, der eine,
durch welchen die Tripelallianz als ein mächtiger,
seinem Wesen nach jedoch friedlicher Bund bezeich-
net würde, der gegen Niemand gerichtet sei, und
der zweite Punkt, der sich als eine Folge des ersten
darstelle und die Besserung der Beziehungen zwi-
schen Oesterreich-Ungarn und Rußland betonte.
Daß dieses die den Erklärungen Kalnoh's zu-
gebende Auslegung sei, beweihe die sorgfältige Art,
womit Kalnoh am 6. Juni im Budgetansprache
der österreichischen Delegation seinen Gehörzungen
präzisiert habe. Diese Interpretation enthalte
nichts, was nicht in Uebereinstimmung mit der
italienischen Politik wäre, welche gerade, weil sie
auf die finanzielle und wirtschaftliche Wiederauf-
richtung des Landes gerichtet sei, jedes friedliche
Angehen nur mit Befriedigung als eine Wohl-
that begrüßen könne. Nach dem Urtheil der
italienischen Regierung über die Erklärungen Ka-
lnoh's bilden dieselben ein sehr friedliches Sym-
ptom in der gegenwärtigen politischen Lage
Europas.

Rom, 13. Juni. Kriegsminister Pelloni
vertheilte gestern in ausführlicher Rede den Zu-
stand der Armee und erklärte, ein Reduzierung der
Armeekorps wäre gleichbedeutend mit dem militä-
rischen und politischen Verfall Italiens; die Armee
habe sich niemals in besseren Verhältnissen als
gegenwärtig befunden. Wenn auch die Neubewap-
nung noch nicht durchgeführt wäre, so dürfte
Italien bei plötzlichem Ausbruch des Krieges doch
vollständig berechtigt sein, da das Vetterli-Genet
eines der besten Gewerke der Welt sei. Alles be-
finde sich in vortrefflichem Zustande.

Rom, 13. Juni. Bei Beginn der heutigen
Kammer Sitzung war ein gewisser Giuseppe Cibo
aus Savoben, ein einflussreicher Beamter des Kriegs-
ministeriums, ein Paket Schriftstücke von der
Galerie herab, wobei er rief: „Liebt Gerechtigkeit“

Partei indeß werde er seinen Posten wieder einnehmen, sobald der gegenwärtige Brief veröffentlicht sein wird.

[illegible]